



Der folgende Artikel ist ein Auszug aus der Ausgabe 03/2011 von **NEUES OSTEUROPA**.

Für diesen Auszug gelten die in der Ausgabe gemachten Angaben.

Die einzelnen Beiträge geben die Meinung ihrer Autoren wieder.

Alle Rechte an Text und Bild verbleiben bei ihren Urhebern.

„Freiheit, Freiheit – wurde wieder abbestellt“

Es ist doch immer wieder erstaunlich, dass einige Lieder, trotz zeitlicher Distanz, weder an Aussagekraft noch an Aktualität verlieren. Zum Thema „20 Jahre nach dem Kommunismus“, der Untertitel des hier rezensierten Buches, erscheint der Westernhagen-Klassiker „Freiheit“ nahezu programmatisch und veranschaulicht eines – wie ich finde – der drängendsten, bis heute virulenten Probleme der post-sozialistischen Staaten.

Der 2010 erschienene Sammelband der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung „Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus“ wagt mit zwölf Beiträgen internationaler Experten eine erste größere Zwischenbilanz. Im Zentrum eines jeden Aufsatzes stehen einerseits die gesellschaftspolitischen, andererseits die ökonomischen Umbrüche, die seit den Revolutionsjahren 1989/90 zu verzeichnen sind. Es geht ihnen, wie Hans-Joachim Veen in seinem Einführungstext deutlich hervorhebt, um einen klaren Perspektivenwechsel. Um die Frage, „ob, wie und in welchem Umfang es gelungen ist, die europäischen Diktaturen nicht nur zu stürzen, sondern sie auch in ihren vielfältigen Folgen zu überwinden“ (S. 9). Neben allgemeinen Darstellungen zu den Verhältnissen in Ost- und Ostmitteleuropa werden insbesondere die Entwicklungen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien und Russland näher analysiert.

Der erste Beitrag gehört zu den länderübergreifenden Darstellungen. *Von der „Charta von Paris“ (1990) bis zur Gegenwart. 20 Jahre Umgestaltung in Ostmitteleuropa und Osteuropa* sind das Thema von Hans-Peter Schwarz, der der Frage nachgeht, ob die am 21.11.1990 verabschiedete „Charta von Paris für ein neues Europa“ – in der sich die 22 Unterzeichner auf die wesentlichen Punkte einer demokratischen Verfassung, wie der Einhaltung der Menschenrechte, freie und gerechte Wahlen, Religionsfreiheit, der Freiheit vor willkürlicher Haft und Folter

* Eine Besprechung von Nadja Matusche, Köln.

oder dem Recht auf freie Meinungsäußerung festgelegt haben – erfüllt wurde. Der Bogen zur Gegenwart wird durch das Hinterfragen anfänglich geäußerter Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen gespannt. Für Schwarz ist das Scheitern der „Geschichtspessimisten“ zentral, da das von ihnen prognostizierte Auftreten der „vier apokalyptischen Reiter in das ost- und ostmitteleuropäische Machtvakuum [...]: Diktatur, Krieg, Bürgerkrieg und Wirtschaftschaos“ (S. 24) ausblieb bzw. nicht im befürchteten Ausmaße eintrat. Ermöglicht wurde dies, so Schwarz' These, durch die Übernahme erprobter westlicher Modelle sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, die lediglich den länderspezifischen Gegebenheiten angepasst wurden. (S. 15) Hierbei wird der EU eine wesentliche Schlüsselrolle zugeschrieben. Weiterhin wird auf eine sehr aufschlussreiche Verknüpfung zu religiösen Prägungen aufmerksam gemacht. Während den römisch-katholischen Regionen eine historische Westbindung nachgewiesen werden kann, werden diesen die orthodox geprägten Länder mit ihrer anti-westlichen und nationalistischen Haltung gegenübergestellt. Der Grundtenor des Artikels ist mir in seiner Bewertung fast zu positiv, da die Verletzungen der demokratischen Grundsätze allen vor Augen stehen. Wenigstens am Ende weist Schwarz endlich auch auf Konflikte und Misserfolge hin, wobei vor allem Russland mit seinen rückschrittlichen Tendenzen kritisiert wird.

Die neuen Länder und das wiedervereinigte Deutschland von Eckhard Jesse sind der Auftakt der exemplarischen Beiträge zu den post-sozialistischen Staaten. Jesse nimmt „vier Ebenen der demokratischen Konsolidierung“ unter die Lupe, um an Hand der „Funktionsweise der politischen Parteien“ in den neuen Bundesländern Rückschlüsse auf die „Entwicklung der politischen Kultur“ in diesen Regionen ziehen zu können. (S. 32) Er konstatiert ein klares Ost-West-Gefälle, welches er als Folge der sozialisations- und situationsbedingten Unterschiede ausmacht. Zu den von Jesse herausgearbeiteten Spezifika für das Gebiet der ehemaligen DDR zählen u.a. eine geringere Parteidisziplin sowie eine niedrige Mitgliederzahl in den Parteien selbst. Deutlich wird hierbei, dass die Übertragung des Parteiensystems der alten Bundesländer wenig Erfolg zeigte. Die bis heute bestehende Diskrepanz zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern findet sich auch in der politischen Kultur. Beispielsweise lässt sich eine regionale Werteverchiebung feststellen – so steht in

den „östlichen“ Regionen Gleichheit über Freiheit und Sekundärtugenden wie Ordnung und Fleiß werden mehr geschätzt. Der fühlbare Pessimismus als Resultat zu hoher Erwartungen wird dann problematisch, wenn es mit zeitlichem Abstand zu einer „sukzessive Aufwertung der DDR“ in Form der Verklärung – Ostalgie – kommt. Trotz bestehender Unterschiede sind nach Meinung des Autors die neuen Bundesländer überwiegend demokratisch konsolidiert. Ein klares Indiz dafür sei der „entspannte Patriotismus“, während in anderen ost- und ostmitteleuropäischen Staaten eher nationalistische Strömungen Konjunktur haben. *Thesen zur ökonomischen Transformation in den neuen Ländern und ihren Folgen für das vereinte Deutschland* werden von Rüdiger Pohl aufgezeigt. Er stellt direkt zu Beginn fest, dass „nach zwanzig Jahren des Aufbaus [...] viele Unternehmen gefestigt und auf solidem Fundament“ stehen. (S. 121) Nach dem erforderlichen und geglückten „Aufbau Ost“ hat dessen Wirksamkeit jedoch nach Meinung des Autors mittlerweile abgenommen. Demzufolge plädiert Pohl für eine gesamtdeutsche Perspektive, da „sich die Wirtschaften in Ost und West inzwischen im Gleichschritt bewegen“ (S. 125). Die ökonomische Transformation ist demzufolge gelungen, wenngleich Kollateralschäden nicht zu leugnen sind, beispielsweise im Hinblick auf die Angleichung der Wirtschaftsleistung.

Die Transformation in Polen wird ebenfalls von zwei Wissenschaftlern beleuchtet. Krzysztof Ruchniewicz geht insbesondere auf Identitätsprobleme in *Polen zwanzig Jahre nach dem Wendejahr 1989* ein. In Orientierung an den polnischen Soziologen Piotr Sztomka ist er der Ansicht, dass der polnische Staat vier Herausforderungen hin zu einem demokratischen Rechtsstaat – Systemtransformation, Modernisierung, Globalisierung und europäische Integration – zeitgleich bewältigen musste und dies mit Erfolg bewerkstelligen konnte. Die wirtschaftliche Vorreiterrolle im post-sozialistischen Raum betont Witold Małachowski. *Zwanzig Jahre ökonomische Transformation in Polen* sei besonders durch das unbedingte Interesse Polens an einer Aufnahme in die Europäische Union motiviert gewesen. Trotz der bestehenden großen „Unterschiede innerhalb des Landes“ (S. 134), sieht Małachowski eine dynamisch Wirtschaft. Hier findet meiner Meinung nach ein pauschales und oberflächliches Urteil statt, da weder auf Fehlkalkulationen, steigende Arbeitslosenquoten oder Korruption eingegangen wird.

Die Lage in Ungarn kennzeichnet Mária Schmidt *Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Zwanzig Jahre Demokratie in Ungarn* sind laut den kritischen Tönen der Autorin geprägt von Glaubwürdigkeitsdefiziten, Korruption und der Verquickung wirtschaftlicher Privat- mit Staatsinteressen. Begünstigt wird diese Situation durch das Weiterbestehen der provisorischen Verfassung. Konsequenterweise ruft sie zur Etablierung einer Realpolitik auf, um die Visionen von 1989/90 endlich durchzusetzen. *Der stürmische Weg zum Markt: Allgemeine Trends und ungarische Besonderheiten* von László Csaba zeigt, dass in erster Linie ausländische Direktinvestitionen Ungarn zur wirtschaftlichen Transformation verhalfen. (S. 166) Dies hatte auf der einen Seite zwar eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage und den Rückgang inflationärer Tendenzen zur Folge, andererseits wurden durch diesen vermeintlichen Erfolg über gesellschaftliche Probleme hinweggesehen. Auch Csaba kritisiert mangelnde Transparenz, die durch eine „klägliche Qualität der wirtschaftspolitischen Berichtserstattung“ (S.171) in der Boulevardpresse begünstigt wird. Endlich keine „Schönmalerei“ mehr.

Tschechien zwanzig Jahre nach der Samtenen Revolution lautet der Beitrag Jan Sokols. Er spannt den Bogen von den Demokratisierungsbewegungen der 1960er Jahre bis 1989. Für die Zeit nach der Revolution betont er die Probleme, die im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung entstanden sind. Zentral hierbei sind die Auswirkungen für die slowakischen Regionen infolge des Abbaus der Rüstungsindustrie. Eine Folge davon war die 1993 erfolgte Teilung der Tschechoslowakei in Tschechien und die Slowakei. Trotz Korruptionsvorwürfen fällt die Bewertung der wirtschaftlichen Transformation weitgehend positiv aus. Kritischere Töne des Autors schwingen auf politischer Ebene mit, da besonders die Parteienlandschaft von „Klientelismus“ und der Einflussnahme der großen Parteien geprägt ist. Dieses Phänomen findet sich auch in den Medien wieder.

Rumänien, als fünfte Region, ist wiederum durch zwei Autoren vertreten. Andrei Margas *Rumänien zwanzig Jahre nach den demokratischen Umbrüchen von 1989* bestimmt die Aussage: „Die Lage in Rumänien ist und bleibt ambivalent.“ (S. 88). Während die Lösung der Frage nationaler und religiöser Minderheiten positiv bewertet wird, offenbaren sich etliche andere gesellschaftliche Krisenerscheinungen.

Eine unzureichende Infrastruktur sowie die mangelhafte Übernahme politischer Verantwortung als „Zeichen der Unfähigkeit der politischen Elite“ (S. 87) sind nur zwei der angesprochenen Defizite. Daraus ergibt sich eine instabile Gesetzgebung, die durch die Personalisierung von Macht zur Überschreitung demokratischer Regeln führt. Das Ausbleiben intellektuell geprägter Debatten sowie die politische Apathie der Bürger begünstigen die angezeigten Missstände. Marga appelliert ganz klar für die Etablierung „eine[r] umfassende[n] Reform von Wirtschaft und Verwaltung [...], um neue Energien freizusetzen und voranzukommen“ (S. 87). Nur auf diese Weise können Korruption, Informationsdefizite, Interessenverflechtung der privaten Wirtschaft und Verwaltung sowie der Medien überwunden werden. *Die ökonomische Transformation in Rumänien zwanzig Jahre nach dem Systemwechsel von 1989* veranschaulicht Stefan Sorin Mureşan an Hand von zehn Thesen, die die aktuelle wirtschaftliche Lage beschreiben. Neben der Integration in „die bedeutendsten internationalen Organisationen“ (S.145), konstatiert er auf der anderen Seite u.a. die enorme Staatsverschuldung sowie soziale Spannungen. Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Staaten ist im Zuge der wirtschaftlichen Transformationen „Selbstbedienungspolitik“, insbesondere von Angehörigen der alten Nomenklatura keine Seltenheit. Erschwerend kommt der Mangel an einem geeigneten Wirtschaftsmodell hinzu, so dass „Privatisierung und Reprivatisierung [...] zu den wichtigsten wirtschaftlichen Vorgängen in Rumänien in den letzten zwanzig Jahren“ gehören. (S. 149)

Russlands versperrter Weg aus dem Zurück. Eine anteilnehmende Beobachtung von Gerhard Mangott bildet die letzte in diesem Buch betrachtete Region. Die russische Politik ist seit El'zin von einer hohen Elitenkontinuität sowie der Verschmelzung von politischen und ökonomischen Akteuren geprägt. Die anfänglichen Reformbestrebungen mussten einer „autoritären Verhärtung“ und „personalisierten Herrschaft“ weichen, die diese unterwanderten und aushöhlten. Die gesellschaftspolitischen Folgen liegen auf der Hand; es sei nur auf die regimetreue, weil abhängigen Medien, die regimetreue Rechtsprechung sowie die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten verwiesen. In ökonomischer Hinsicht betont Mangott die „soziale Verelendung als Ergebnis der wirtschaftlichen Stagnation“ (S. 104). Dieser Artikel bietet leider keine neuen, geschweige denn tiefer

gehende Erkenntnisse. Eine thematische Engführung wäre wünschenswert gewesen, da Russland zu viel an Untersuchungsgegenständen bietet und die demokratischen Visionen der „Friedlichen Revolutionen“ von 1989/90 wie Fragen der Grund- und Menschenrechte dort völlig brach liegen.

Der Sammelband „Die Folgen der Revolution“ liefert einen guten Einblick in zwanzig Jahre Demokratiebewegung in Ost- und Ostmitteleuropa. Gelungen ist weiterhin die Zweiteilung in gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Aspekte innerhalb der regionalen Betrachtungen. Die einzelnen Artikel – jeweils von aus den jeweiligen Regionen stammenden Wissenschaftlern verfasst, mit Ausnahme Gerhard Mangotts – weisen zum Einen starke qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aussagekraft auf, zum Anderen verdeutlichen sie teilweise die Sicht der Länder. Die anfangs nahezu ausschließlich positiven Akzentuierungen lassen kritische Töne vermissen und Zweifel aufkommen. Es erweckt manchmal den Eindruck, als sei die Sicht von Patriotismus getrübt, sodass sich das Bild von klaren Gewinnern (ehemalige DDR, Polen und Tschechien) und Verlierern (Ungarn, Rumänien und Russland) aufdrängt. Fühlen sich die Autoren den Hoffnungen der Beteiligten an den friedlichen Revolutionen 1989/90 verpflichtet, getragen von dem Motto: es hätte ja viel schlimmer kommen können? Sicher sollten positive Errungenschaften hervorgehoben werden, gerade wenn man die ungünstigen Ausgangsbedingungen nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ betrachtet. Dennoch dürfen Defizite und verpasste Chancen nicht unerwähnt bleiben. Dies wird besonders deutlich hinsichtlich der Grundsätze der „Charta von Paris für ein neues Europa“, die von vielen Unterzeichnern bis heute nur unzureichend umgesetzt worden sind. Die Verletzungen auf dem Gebiet der Grund- und Menschenrechte sind massiv, die Beeinträchtigung der Pressefreiheit und das daraus folgende Informationsdefizit allgegenwärtig, werden aber dennoch nur unzureichend angesprochen, geschweige denn werden Prostitution und Menschenhandel angemahnt, um nur einige zu nennen. Weiterhin überzeugt es mich nicht, dass das westeuropäische Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen postkommunistischen Staaten angekommen sei, obwohl dies eine angeblich grundlegende Bedingung für den Beitritt der betrachteten Staaten zur Europäischen Union war.

Bedauerlicherweise entfielen aus Zeitgründen die Bewertung der Folgen der Revolution für Weißrussland, die Ukraine, die baltischen Staaten sowie für den Balkan – so Hans-Joachim Veen in der Einführung. (S. 10) Ein weiterer Band, der sich diesen Regionen widmet, wäre wünschenswert, da gerade dort sehr viel Zündstoff liegt und die Entwicklungen weit weniger reibungslos verliefen.

Der Maßstab darf somit nicht sein, was hätte sein können, sondern was sein kann. Und darum in völliger Übereinstimmung mit Stéphane Hessel: „Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es soweit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.“¹

Hans-Joachim Veen, Peter März und Franz Josef Schlichting (Hrsg.), Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus, 183 S., erschienen beim Böhlau Verlag, Köln, 2010, 19,90€.

1 Hessel, Stéphane, *Empört euch!*, Berlin, 2010, S.10.